

# Gelnhäuser Tageblatt

ZEITUNGSGRUPPE ZENTRALHESSEN

[Gelnhäuser Tageblatt](#) / [Lokales](#) / [Main-Kinzig-Kreis](#) / [Brachtal](#)

Brachtal 24.07.2015

## „Wir sind Klein-Griechenland“



Vertreter der CDU und Bürger diskutieren über die Gemeindepolitik.

Foto: Gerdau

### **POLITIK Die CDU Brachtal rechnet bei ihrem offenen Stammtisch in Schlierbach mit Bürgermeister Christoph Stürz und der SPD ab**

BRACHTTAL - (al). 17 Brachttaler trafen sich am Mittwochabend in der Schlierbacher Rathausschänke zum offenen Stammtisch der CDU Brachtal. Bei den Gesprächen über Gemeindehaushalt, Radarfallen und Windkraftanlagen war der Frust über die bestehenden Verhältnisse deutlich herauszuhören. Gleichwohl gibt es auch einen Grund zu feiern: Am 19. September wird in Udenhain das 40-jährige Bestehen des CDU-Gemeindeverbands gefeiert.

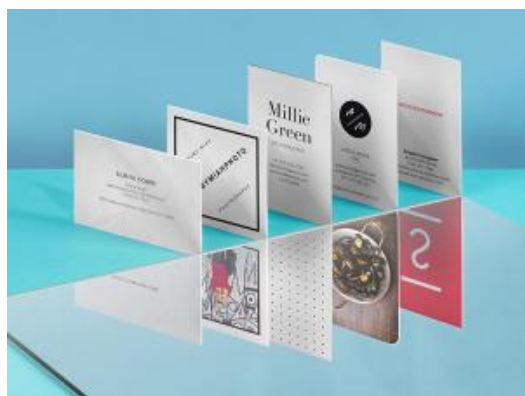
„Die meisten Menschen, mit denen wir sprechen, glauben uns gar nicht, dass es so etwas wirklich gibt“, klagte CDU-Fraktionsvorsitzender Lutz Heer, der die jüngsten politischen Ereignisse Revue passieren ließ. So berichtete Heer von vielen Reaktionen aus der Bevölkerung auf das Flugblatt der CDU mit dem Titel „... Du musst einfach deinen Job machen!“ Ein Zitat, das sich an Bürgermeister Christoph Stürz (SPD) richtete. Die CDU wolle auf die Probleme in Brachtal hinweisen. Beispiel Haushalt 2015: Haarscharf sei die Gemeinde

Brachtal an der Zwangsverwaltung vorbeigeschrammt. Nur mit einer Stimme Mehrheit sei in der Gemeindevertretung der Haushaltsplan von SPD und Teilen der Freien Wähler (FWB) genehmigt worden, während CDU und Bündnis 90/Die Grünen ihn abgelehnt hatten (das GT berichtete). „Wir haben in unserer Fraktion ernsthaft darüber diskutiert, ob die Zwangsverwaltung für Brachtal nicht die bessere Variante gewesen wäre“, sagte Heer. Die breite Ablehnung sei ein Denkmittel gewesen. Unmöglich sei es, dass der Haushaltsentwurf schon im Oktober 2014 vorgelegen habe, aber im Gemeindevorstand nie beraten worden sei. Während der vier Ausschuss-Sitzungen sei es der CDU zumindest gelungen, die „Blender-Posten“ der angenommenen Einnahmen durch noch nicht realisierte Windkraftanlagen (40 000 Euro), Radarfallen (150 000 Euro) und Losholz (29 000 Euro) herauszunehmen. Beispiel Radarfallen: Erst in der Diskussion sei nach und nach herausgekommen, dass von den angenommenen 150 000 Euro Einnahmen noch 65 000 Euro an die Installationsfirma und zwischen 35 000 und 40 000 Euro für die Verwaltungsarbeit abgezogen werden müssten. „Da bleibt netto gar nicht mehr viel übrig“, sagte Heer. „Das Vertrauensverhältnis zu Bürgermeister Stürz ist schwer angeschlagen.“ Dann stelle sich heraus, dass die Radarfalle, die neben der Ampelanlage am Ortsausgang Richtung Hesseldorf stehe, zwar theoretisch in beide Richtungen blitze, rechtlich auswertbar seien aber nur Bilder aus einer Fahrtrichtung. Aufgefallen war dies dem Schlierbacher Ortsvorsteher Jörg Hartwig, der direkt daneben wohnt und sich mit dem beauftragten Techniker unterhalten hatte. Hartwig beklagt, dass der Ortsbeirat bei der Auswahl des Standorts für die Radarfalle übergangen worden sei. Nun stelle sich heraus, dass der Standort nicht ideal gewählt worden sei. Wolfram Zimmer vermisste in diesem Zusammenhang die Fachkompetenz derjenigen, die mit der Standortauswahl beauftragt waren. Er könne auch den Planungsablauf um die zweite Radarfalle in Neuenschmidten nicht nachvollziehen.

Heer räumte ein, dass die CDU Brachtal in der Vergangenheit auch nicht ohne Fehler gehandelt habe. „Wir waren an den alten Sünden, etwa dem Bau der Gemeinschaftshäuser, stark beteiligt.“ Nun aber sei die Erkenntnis gereift, dass man das Geld nicht einfach weiterhin verprassen könne. Von der SPD gehe jedoch eine Tatenlosigkeit aus, die fassungslos mache. Traurig sei das geringe Interesse der Bürger an der Gemeindepolitik. Gehe es um die Erhöhung der Kindergartengebühr, sei der Saal voll mit Kindergarteneltern. Gehe es um die Erhöhung der Hundesteuer, kommen die Hundehalter. „Dabei sind alle betroffen, weil wir in allen Bereichen sparen müssen“, sagte Heer. Die Grundsteuer B werde höchstwahrscheinlich weiterhin steigen.

Zimmer betonte, dass die Kritik am Bürgermeister keine Persönlichkeitskritik sei. Es gehe immer um die Sache. Wenn wichtige Informationen aber erst nach intensivem Nachfragen aus dem Rathaus kommen, sei dies aber nicht hinzunehmen. Geplante Gebührenerhöhungen seien zu spät auf den Weg gebracht worden, was wiederum zu Einnahmeausfällen geführt habe. „Wir sind Klein-Griechenland“, konstatierte Zimmer. Die Frage sei nur: „Wie gerecht verteilen wir die Belastung?“

## Anzeige Top Networking-Tipps von MOO



Machen Sie das Beste aus Networking-Events mit Expertentipps von MOO zur Erstellung außergewöhnlicher Visitenkarten und Druckprodukte.

[zum Artikel](#)